

Leben am Existenzminimum

SCHULDNERBERATUNG Sozialarbeiter ziehen Bilanz: Neun Prozent der Erwachsenen im Kreis überschuldet / „Hoher Nachfragedruck“

GIESSEN (fm). Fast jeder zehnte Erwachsene in Deutschland ist verschuldet. Im Jahr 2012 ist die Zahl der Menschen, die ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr einhalten können, um 190000 auf 6,6 Millionen gestiegen. Und das, obwohl die Wirtschaftslage im vergangenen Jahr stabil und die Arbeitslosenquote relativ niedrig war. Und trotz der Lohnerhöhungen für viele Arbeitnehmer.

„Im Landkreis Gießen waren 2012 rund neun Prozent der Erwachsenen überschuldet“, sagt Werner Ruppel-Sinn, Bereichsleiter Schuldnerberatung beim Diakonischen Werk Gießen, bei der Vorstellung des Jahresberichts. Zusammen mit Norbert Leidinger-Müller berichtet er von einem „leichten Anstieg“ der Schuldner-Zahlen und von einem „hohen Nachfragedruck“. Bereits seit Jahren hat man bei der Schuldner- und Insolvenzberatung einen „langen Stau von Schuldnern“ ausgemacht.

Als Hauptgründe für Überschuldung nennen die beiden Diplom-Sozialarbeiter den Verlust des Arbeitsplatzes, die wachsende Zahl von Niedrigeinkommen („Einkommensarmut“), Krankheit, Trennung oder Scheidung, Einkommensver-

lust durch Tod des Partners, gescheiterte Eigenheimfinanzierungen oder ein Scheitern der beruflichen Selbstständigkeit.

Überschuldete Menschen und ihre Familien führen ihr Leben meist auf dem Niveau des Existenzminimums. Ruppel-Sinn weiß, dass es in der Folge oft zu Vereinsamung, Isolation und Depressionen kommt. Nicht zuletzt, weil das Thema Überschuldung „gesellschaftlich tabuisiert“ wird. „Über Geld spricht man nicht.“ Nach außen hin versuchen die Betroffenen den Schein zu wahren, selbst wenn sie von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen und/oder Kontopfändungen unter extremen Druck gesetzt werden.

„Entsprechend spät erfolgt der Gang in die Schuldnerberatung.“ Eine besonders hohe Bedeutung für die Existenzsicherung kommt dem 2010 eingeführten Pfändungsschutzkonto (P-Konto) zu, das pauschale Freibeträge für den Schuldner ermöglicht. Wer zum Beispiel wegen Unterhaltspflicht mehr als den Grundfreibetrag benötigt, kann den Mehrbedarf mittels einer Bescheinigung seiner Bank nachweisen. Eine solche Bescheinigung stellt im Kreis Gießen nur das Diakonische Werk aus. „Deshalb



Stellen den Jahresbericht der Schuldnerberatung des Diakonischen Werks vor: Norbert Leidinger-Müller (links) und Werner Ruppel-Sinn. Foto: Maywald

sind wir mittlerweile zur ‚exklusiven Zuweisungsadresse‘ in Sachen P-Konto-Bescheinigung geworden.“

Wegen der hohen Nachfrage ist die Wartezeit auf ein Erstgespräch für Ratsuchende inzwischen auf bis zu fünf Monate angewachsen. Insgesamt suchten im Vorjahr 397 Frauen und 432 Männer Rat und Hilfe bei den beiden Beratungsstellen in der Gartenstraße 11 und im Wilhelm-Liebkecht-Haus in der Weststadt. 493 Mal waren das Kurzberatungen, vor allem we-

gen der hohen Nachfrage bei den P-Konto-Bescheinigungen. Eine Zunahme von Extremsituationen („die Hauptbetroffenen sind die Schwachen der Schwachen“) sei schon seit dem Start der Hartz-IV-Gesetze und dem damit verbundenen Umbau der sozialen Versorgung spürbar. „Wir kommen selbst unter Druck.“ Denn die großen Strom- und Wohnraumversorger handelten heute „viel schematischer und rigider“. Selbst wenn eine alleinerziehende Mutter über Nacht ohne Strom und Wasser auskommen müsse.

Laut Leidinger-Müller sind viele Menschen, die bei Zeitarbeitsfirmen arbeiten, von Überschuldung betroffen. Dies hänge mit sinkenden Reallöhnen und immer mehr Geringverdienern zusammen. Gewachsen ist auch der Anteil der Selbstständigen, der Rentner, der sogenannten „Aufstocker“ und der Auszubildenden und Studenten. Unter den Schuldenarten sind Verbraucherkredite und Telekommunikationsschulden die Spitzenreiter. Dicht gefolgt von Schulden aus Versandgeschäften und von öffentlichen Gläubigern. Auffallend ist der Zuwachs bei allgemeinen Krediten wie zum Beispiel Hauskredite von 15 auf 19 Prozent.